UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

UfU Informationen
Ziviler Ungehorsam

Ausgabe 8

März 2023

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

UfUINFORMATIONEN

Das UfU-Team im Sommer 2022

Liebes UfU-Mitglied, liebe(r) Freund*in,

Es sind wahrhaft stürmische Zeiten in welchen wir leben. Während ausgelöst durch einen Krieg der inzwischen die ganze Welt beeinflusst, Wirtschafts- und Energiekrisen entstehen, läuft uns langsam aber stetig die Zeit für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels davon. Tausende Menschen protestierten in Lützerath gegen das Abbaggern des Weilers von RWE und die Erschließung der unter dem Dorf liegenden Kohle und eine neue Gruppierung, „Die letzte Generation“ löst durch ihre umstrittenen Protestformen Debatten über zivilen Ungehorsam aus.

Uns ist bewusst, dass die neue Bundesregierung durchaus bessere Startvoraussetzungen hätte gebrauchen können, als ein permanentes Feuerlöschen im letzten Jahr. Trotzdem muss, bei aller Rücksicht auf Inflation, Energiekrise und einem tobendenden Krieg in Europa, nach einem Jahr Ampelregierung konstatiert werden: Vom Koalitionsvertrag ist nicht mehr viel übriggeblieben. Der Krieg in der Ukraine hat den politischen Fokus verschoben und die Politik der Bundesregierung stark beeinflusst. 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, 200 Milliarden Euro für die Energiekrise, Tankrabatt, Aussetzung der CO_2-Steuererhöhung, neue Gasverträge mit Qatar, LNG Terminals die mit Fracking-Gas aus den USA beliefert werden – alles Maßnahmen die aufzeigen, wie abhängig wir noch von fossilen Energieträgern sind. Für jede dieser aufgezählten Maßnahmen lassen sich Begründungen finden, warum diese notwendig waren. Gleichzeitig wird jedoch auch klar: Die Bundesregierung versucht mit diesen Maßnahmen vor allem, unseren Status Quo zu bewahren.

Es fehlt jedoch nach wie vor an Politik, die zukunftsweisend Veränderungen anstößt. Weiterhin ist es beispielsweise möglich, dass die Berliner Schulbauoffensive bis zu 700 Millionen Euro im Jahr für Schulbau und Schulerhalt in Berlin ausgeben will[1], ohne Klimaschutz in diesem Programm zu verankern, obwohl im Sektor Bauen dringend die Emissionen gesenkt werden müssen. Weiterhin fehlt es an einem politischen Plan für eine Verkehrswende, der Verkehrssektor verfehlt jedes Klimaziel um Längen. Immer wieder wird Planungsbeschleunigung zu einseitig betrachtet und versucht, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen zu beschneiden. Dies führt bei vielen Menschen, vor allem den Jüngeren, nicht nur zu Frustration sondern auch zunehmend zu Climate Anxiety.

Unter Climate Anxiety, zu Deutsch „Klimaangst“ versteht man „das zunehmende Gewahr werden, das die ökologische Grundlage unser Existenz im Prozess des Zusammenbrechens sind“.[2] Diese Angst betrifft immer mehr junge Menschen auf der Welt und nimmt auch in Deutschland zu. Laut einer Studie der Barmer Krankenkasse kämpfen 68 Prozent der Jugendlichen in Deutschland mit großer oder mittelgroßer Angst vor

dem Klimawandel.[3] In anderen Ländern zeigen Studien dieselben Ergebnisse. In einer Studie aus dem Jahr 2021 wurden 10.000 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren aus zehn Ländern zu ihrer Einstellung zum Klimawandel befragt. Dabei zeigt sich ein düsteres Bild dieser Jugendlichen in Bezug auf ihre eigene Zukunft und das Vertrauen, dass diese Menschen in ihre Regierungen haben: 65 Prozent geben an, dass ihre Regierung junge Menschen im Stich lässt, 64 Prozent geben an, Regierungen lögen über die Auswirkung der ergriffenen Maßnahmen und 60 Prozent der Jugendlichen finden, die eigene Regierung täte die Not der Menschen ab. Gleichzeitig glauben nur 36 Prozent der Befragten, dass Regierungen wissenschaftlich handeln würden.[4]

Ist es also wirklich so verwunderlich, dass Gruppen wie die letzte Generation immer mehr Zulauf bekommen? Und was sagt es über eine Gesellschaft aus, die es nicht nur hinnimmt, dass die Mehrheit ihrer jungen Bürger*innen große Zukunftsängste hat, sondern bei dem ersten Auflehnen dieser Menschen nach Freiheitsstrafen für die Störenfriede ruft? Man mag darüber streiten, ob die letzte Generation dem Klimawandel nun einen Bärendienst erweist oder nicht, man kann sich auch durchaus von Straßenblockaden und anderen Aktionsformen der Gruppierung gestört fühlen. Aber die Bekämpfung dieser Gruppen behandelt allenfalls das Symptom, nicht die Krankheit. Auf lange Sicht ist es demokratiegefährdend, wenn sich eine gesamte Gruppe der Gesellschaft, in diesem Fall junge Menschen, nicht richtig wahrgenommen fühlt. Wer sich ein friedvolles Zusammenleben, auch zwischen den Generationen wünscht, muss dafür sorgen, dass junge Menschen teilhaben, dass sie sich Hoffnungen und Pläne für die eigene Zukunft machen können und dass ihre berechtigten Ängste und Sorgen ernst genommen werden. Dies erfordert politisches und gesellschaftliches Umdenken von uns und vor allem von den älteren Generationen. Unser Handeln und unsere Politik muss zukunftsgewand sein und alle Menschen von jung bis alt mitnehmen und sich mit Blick auf die Einhaltung der Klimaziele verändern. Ansonsten geben wir unseren jungen Menschen weiterhin das Gefühl der Stagnation. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass diese Menschen den Glauben in unsere Gesellschaft, Demokratie und unser Werte verlieren. Dann wird die letzte Generation nicht die letzte Gruppierung dieser Art sein.

Dr. Michael Zschiesche & Florian Kliche
UfU Geschäftsführung

Quellenverzeichnis:

1. Senatsverwaltung für Finanzen 2022, Die Schulbauoffensive des Berliner Senats
2. Amelia Browne 2022, Earth Org, What is Climte Anxiety?
3. Helmut Broeg 2022, Stern, Was wissen wir eingentlich über Klimaangst?
4. Forschung und Lehre 2021, „Klimaangst“ weit verbreitet unter jungen Menschen?

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungshinweise — Umweltgerechtigkeit & Strukturwandel Seite 6

Die letzte Generation — Eine Einordnung der aktuellen Debatte mit John Rawls Seite 8

Bioenergie ohne Flächenkonflikte — Der Anbau von Maniok auf stillgelegten Bergbauflächen Seite 16

Krieg und Ernährungssicherheit — Wieso der Krieg in der Ukraine die Menschen weltweit hungern lässt Seite 18

Niklas Müller – Veranstaltungshinweis

Umwelt gerechter ermöglichen

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit

Umweltfragen sind immer Verteilungsfragen, und Verteilungsfragen sind immer Gerechtigkeitsfragen“, heißt es im Buch „Unsere Welt neu denken“ von Maja Göpel (2020). Damit betont die Transformationsforscherin, dass soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Machtverhältnisse durch Geschlecht, soziales Milieu oder Alter die Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen beeinflussen. So sind beispielsweise Menschen mit geringem Einkommen und niedrigen Bildungschancen, die im hochverdichteten Innenstadtbereich leben, oft höheren Gesundheitsbelastungen durch Verkehrslärm und Luftschadstoffen ausgesetzt. Deswegen sind soziale Dimensionen bei ökologischen Problemlagen zwingend mitzudenken.

Umweltgerechtigkeit (UG) ist ein interdisziplinärer und integrativer Handlungsansatz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten in den Bereichen Umwelt und Gesundheit, der mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Ziel soll sein, gesunde Umwelt- und Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Grundsätzlich nimmt das Konzept im deutschsprachigen Diskurs Aspekte aus den Bereichen Soziale Lage, Umwelt und Gesundheit in bestimmten Sozialräumen in den Blick und setzt diese miteinander in Bezug.

Um die Thematik und den Austausch weiter voranzubringen, richtet das UfU gemeinsam mit dem BUND Berlin im Mai 2023 den Kongress „Umweltgerechtigkeit im Quartier – vernetzt und partizipativ Zukunft gestalten“ aus. Die Veranstaltung fokussiert sich konkret auf die Stadt Berlin und seine Quartiere. Highlights der Veranstaltung sind der fachliche Austausch zwischen den Teilnehmenden, die Vorstellung und Diskussion des aktualisierten Berliner Umweltgerechtigkeits-Berichts und Anstöße zur Initiierung von Projekten und Maßnahmen in mehrfach belasteten Quartieren. Zudem soll der vom UfU erstellte Entwurf des Praxisleitfadens für Berliner Quartiersmanager*innen diskutiert werden.

Der Kongress baut auf Vorarbeiten verschiedener Akteur*innen und dem Umweltgerechtigkeitsatlas auf.

Auch politisch hat Berlin im Themenbereich Umweltgerechtigkeit eine gewisse Vorreiterrolle. Bereits in den Koalitionsvereinbarungen für die Legislaturperiode 2016 – 2021 wurde das Ziel formuliert, die Anzahl mehrfach belasteter Gebiete und die Betroffenheit der Berliner*innen deutlich zu reduzieren.

Übrigens: Environmental Justice hat u.a. historische Ursprünge in der Schwarzen Bürger*innenrechtsbewegung, die rassistische Zustände in umweltrelevanten Entscheidungen wie beispielsweise Standortentscheidungen von Giftmülldeponien bekämpfte.

UfU Veranstaltungen

Alle unsere Veranstaltungen sind auf unserer Webseite zu finden unter https://www.ufu.de/veranstaltungen/

Alina Beigang – Veranstaltungshinweis

Strukturwandel und sozial ökologische Transformation

Die Zukunft des Kohlereviers in der Lausitz

Strukturwandel wird oft mit den sogenannten „3 Ds“ näher spezifiziert. Gemeint sind: Demographischer Wandel, Dekarbonisierung und Digitalisierung. Alle drei Themen gehen für sich und in ihren Wechselwirkungen miteinander mit tiefergreifenden gesellschaftlichen Veränderungen einher. Alternde Gesellschaften und sich verändernde Bewegungsmuster verändern die Bedürfnisse der Menschen etwa was Pflege und Anforderungen an Mobilität angeht. Der politisch beschlossene und aufgrund der Klimakrise notwendige Kohleausstieg geht einher mit Strukturveränderungen. Bestimmte Arbeitsplätze fallen weg, die Nutzung erneuerbarer Energieträger muss skaliert werden. Diese Prozesse bieten auch Möglichkeiten zu einer größeren Dezentralität und damit auch zunehmender demokratischer Mitbestimmung im Energiesystem, wie sich am Beispiel von Energiegenossenschaften aufzeigen lässt (vgl. Holstenkamp /Radtke (Hrsg.) (2018): Energiewende und Partizipation). Ebenso durchzieht die fortschreitende Digitalisierung zahlreiche Lebensbereiche ob in professionellen oder in privaten Kontexten und ist längst nicht mehr wegzudenken.

Im Sinne der Vision einer sozialen und ökologischen Transformation ist der Strukturwandel auch als Gelegenheitsfenster zu verstehen: Anstatt „die Dinge einfach passieren zu lassen“, sollen bewusst Steuerungsmechanismen eingesetzt werden, um die betreffenden Regionen zukunftsfähig, resilient und gerechter aufzustellen. Bürger*innenpartizipation ist dem UfU seit Gründung an ein wichtiges Anliegen. Denn die entsprechenden Prozesse sollten sowohl in Hinblick auf Verteilungs- als auch Verfahrensgerechtigkeit stattfinden.

Im Projekt RevierUPGRADE fällt der Fokus auf die junge Generation: Junge Leute sind es, die im Laufe ihres Lebens die Auswirken jetziger Handlungen (oder auch deren Ausbleiben) am meisten zu spüren bekommen. Dies gilt sowohl in Hinblick auf Kippunkte des Erdsystems (vgl. https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/kippelemente/kippelemente) als auch in Bezug auf konkrete Maßnahmen vor Ort, die den eigenen „Lebensraum“ attraktiv machen und Bleibeperspektiven überhaupt erst ermöglichen. Im Sinne von Klimaschutz, Klimaanpassung und Demokratieentwicklung gibt es viel zu tun.

Um den Status Quo und aktuelle Handlungsanknüpfungspunkte gemeinsam auszuloten und die Themen Strukturwandel, Jugendbeteiligung und soziale-ökologische Transformation näher zusammenzudenken, veranstaltet das UfU gemeinsam mit der BUNDjugend am 24.03.2023 ein Dialogforum in Leipzig. Weitere Informationen sowie Anmeldemöglichkeiten finden sich auf der Veranstaltungsseite. Herzlich eingeladen zur Veranstaltung sind Akteur*innen, welche im Mitteldeutschen und/oder Lausitzer Revier aktiv sind und sich in den Bereichen Jugendbeteiligung, Umweltbildung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung engagieren sowie auch Mitglieder selbstorganisierter Gruppen und/oder Nachhaltigkeitsinitiativen und weitere Interessierte.

Jonas Rüffer

Die Letzte Generation

Eine Einordnung der aktuellen Debatte mit John Rawls

Dürfen die das?

Sie sind nicht mehr zu übersehen. Die Klimaaktivisti der Gruppierung „Die letzte Generation“ und anderer Gruppen wie „Just stop oil“ machen durch umstrittene Demonstrationsformate wie Straßenblockaden und Museumsaktionen auf sich und die drohende Klimakrise aufmerksam und sind seit Wochen Teil einer breiten medialen Diskussion.

Hauptaugenmerk der medialen Diskussion liegt dabei nicht auf der Frage, wie die Ursache dieser Demonstrationen bekämpft wird, sondern wie mit diesen Gruppierungen selbst umzugehen ist. Dabei gelingt nur wenigen eine sachliche Berichterstattung und eine fundierte Auseinandersetzung mit der Thematik. Da aber anzunehmen ist, dass sich derartige Protestformen in Zukunft in Bezug auf den Klimawandel häufen werden – aktuell verschärft sich die Klimakrise und damit auch das politische Anliegen dieser Gruppierungen – ist eine fundierte Auseinandersetzung mit der Thematik vonnöten.

Ziviler Ungehorsam – Rawls Theorie der Gerechtigkeit

Zunächst ist es angebracht die theoretischen Grundlagen von zivilem Ungehorsam zu erläutern, da diese in der breiten medialen Öffentlichkeit kaum Einzug finden. Ziviler Ungehorsam ist kein neues Konzept. Ghandi, Martin Luther King Jr., die Anti-Atomkraft-Bewegung — sie alle beriefen sich auf zivilen Ungehorsam. Die Anfänge einer Definition des zivilen Ungehorsams reichen zurück bis Henry David Thoureau. Thoureau gilt nicht nur als Schöpfer des Begriffs sondern auch als Praktiker des zivilen Ungehorsams. 1846 weigerte Thoureau sich seine Kopfsteuer zu bezahlen und kündigte in seinen Worten seine Gemeinschaft mit den USA auf, da er mit der Sklaverei und dem Expansionskrieg gegen Mexiko nicht einverstanden war.[1] Thoureau verbrachte dafür eine Nacht im Gefängnis. Mit seinem 1849 veröffentlichen Aufsatz „The Resistance to Civil Government“ legte er den Grundstein für den Gedanken des zivilen Ungehorsams, auf den sich später viele Bewegungen beriefen. Seitdem ist das Konzept ein fester Teil von Gerechtigkeitstheorien und Diskussionen um Gehorsam und politischer Willensbildung.

Im folgenden Text soll zur Definition und Herleitung von zivilem Ungehorsam vor allem die Theorie von John Rawls verwendet werden. John Rawls ist einer der bekanntesten politischen Philosophen des 20. Jahrhunderts, lehrte in Harvard und beschrieb zivilen Ungehorsam in seinem weltbekannten Hauptwerk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ von 1971.

John Rawls definiert den zivilen Ungehorsam als eine *„(…) öffentliche, gewaltlose, gewissensbestimmte, aber politisch gesetzwidrige Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll.“* [2]

Rawls setzt für seine Theorie eine fast gerechte Gesellschaft voraus, also eine Gesellschaft mit funktionierenden demokratischen Institutionen, Gewaltenteilung und Teilhabe der Zivilbevölkerung. Eine komplett gerechte Gesellschaft gibt es für Rawls nicht, denn auch einer gerechten Gesellschaft treten immer mal wieder Ungerechtigkeiten auf.

Diese fast gerechte Gesellschaft hat laut Rawls ein geltendes Gerechtigkeitsbewusstsein, das von der breiten Mehrheit der Gesellschaft akzeptiert und

getragen wird. Dieses Gerechtigkeitsbewusstsein kann als eine Art Bewusstsein, gemeinsame Werte oder Gefühl der Gesellschaft für „richtig“ und „falsch“ interpretiert werden. Wird dieses Gefühl durch Ungerechtigkeit gestört, handelt die Gesellschaft, um Gerechtigkeit wiederherzustellen. Auf Basis dieses Bewusstseins in der Gesellschaft baut Rawls seine Theorie über zivilen Ungehorsam auf.

Wenn die Grundsätze der Gerechtigkeit verletzt werden

Nicht jede Ungerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft rechtfertigt zivilen Ungehorsam. In der fast gerechten Gesellschaft müssen laut Rawls auch ungerechte Gesetze akzeptiert werden, wenn diese ein gewisses Maß an Ungerechtigkeit nicht überschreiten.[3] Jedoch versucht die Gesellschaft jederzeit, die Grundsätze der Gerechtigkeit zu wahren. Wird das Gerechtigkeitsbewusstsein durch ungerechte Gesetze gestört, gilt es dagegen vorzugehen, um die fast gerechte Gesellschaft wiederherzustellen.

Die Wahl der dafür legitimen Mittel knüpft Rawls an bestimmte Voraussetzungen. Um zivilen Ungehorsam ausüben zu können, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

Erste Voraussetzung für Zivilen Ungehorsam sind laut Rawls, „(…) *schwere Verletzungen des ersten Gerechtigkeitsgrundsatzes, des Grundsatzes der gleichen Freiheit, und (…) eklatante Verletzungen des zweiten Teil des zweiten Grundsatzes, des Grundsatzes der fairen Chancengleichheit.“*[4]

Hier wird bereits deutlich, welche Verbindung zwischen der letzten Generation und dem zweiten Grundsatz der Chancengleichheit gezogen werden kann. Werden Chancengleichheit und der Grundsatz der gleichen Freiheit verletzt, sind das für Rawls derart schwere Verletzungen des Gerechtigkeitsbewusstseins der Gesellschaft, dass diese nicht hingenommen werden dürfen.

Zweite Voraussetzung für zivilen Ungehorsam ist für Rawls die Tatsache, dass andere Mittel wie gewöhnliche Appelle, legale Proteste und Demonstrationen zum Zweck der Unrechtsbehebung aufrichtig erfolgt, aber als gescheitert angesehen werden müssen.[5]

Auch hier lässt sich gedanklich schon ein Bezug zur letzten Generation herstellen, wenn man bedenkt, wie lange Wissenschaftler*innen bereits vor den Folgen des Klimawandels warnen, wie groß die Demonstrationen von Fridays for Future sind und wie stark wir weiterhin die Klimaziele von Paris verfehlen.

Da für Rawls ziviler Ungehorsam immer an das geltende Gerechtigkeitsempfinden der Gesellschaft appelliert und auf Ungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaft aufmerksam machen möchte, ist es für Rawls selbstverständlich, dass ziviler Ungehorsam in der Öffentlichkeit und gewaltlos stattfinden muss. Denn wer zivilen Ungehorsam betreibt, möchte die Menschen von der Aufrichtigkeit des eigenen Anliegens überzeugen: *„Die völlige Offenheit und Gewaltlosigkeit ist ein Unterpfand der Aufrichtigkeit, denn es ist nicht leicht, jemand anderen von der Gewissenhaftigkeit seiner Handlungen zu überzeugen, (…).“* [6]

Damit grenzt Rawls zivilen Ungehorsam auch zur militanten Aktion ab, beispielsweise zu Protestaktionen der RAF: *„(…) Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne unterscheidet sich eindeutig von militanter Aktion und Obstruktion, und er ist etwas völlig anderes als organisierter gewaltsamer Widerstand.“* [7]

Durch den grundsätzlichen Appel an das Gerechtigkeitsempfinden innerhalb der Gesellschaft, ist die Akzeptanz von demokratischen und staatlichen Institutionen ein zentrales Merkmal des zivilen Ungehorsams. Im Gegensatz dazu erkennt der militante Widerstand die geltende Institutionen nicht mehr als gerecht an und hat das Vertrauen

in die Gesellschaft verloren. Grundsatz des militanten Widerstands ist die Überzeugung, dass die Gesellschaft die allgemeine Gerechtigkeitsauffassung verloren hat oder diese falsch liegt. Deshalb gibt es für den militanten Wiederstand auch keine Möglichkeit mehr, durch zivilen Ungehorsam an den Gerechtigkeitssinn zu appellieren. Militanter Widerstand greift damit die Gesellschaft und das System als Ganzes an. Gleichzeitig ist der Militante auch nicht bereit, die gesetzlichen Folgen seiner Handlung auf sich zu nehmen, da er die Gesetze der Gesellschaft als ungerecht bezeichnet und damit nicht akzeptieren kann.[8] Diejenigen aber, die zivilen Ungehorsam ausüben, erkennen die geltende Gerechtigkeitsauffassung, die demokratischen Institutionen und die Folgen der eigenen Rechtsverletzung an: *„(…) zur Rechtfertigung des zivilen Ungehorsams beruft man sich (…) auf die gemeinsame Gerechtigkeitsvorstellung, die der politischen Ordnung zugrunde liegt. Das Gesetz wird gebrochen, doch die Gesetzestreue drückt sich im öffentlichen und gewaltlosen Charakter der Handlung aus, in der Bereitschaft, die gesetzlichen Folgen der Handlungsweise auf sich zu nehmen.“* [9]

Der entscheidende Unterschied zwischen organisiertem gewaltsamen Widerstand und zivilem Ungehorsam liegt also in der bewussten Gesetzesübertretung innerhalb der gemeinschaftlich vereinbarten Regeln, ohne diese Regeln an sich in Frage zu stellen. Die Gesellschaft und ihr Gerechtigkeitssinn selbst werden nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern es wird versucht, genau diesen Gerechtigkeitssinn und die demokratischen Institutionen durch zivilen Ungehorsam zu schützen.

Hass, Hohn & Hetze - Der Aufschrei des politischen Establishments

Wendet man die Theorie Ralws auf das Handeln der letzten Genration an, ist es bedenklich, in welchem Maß diese Gruppierung aus Reihen der Politik für ihr Handeln verurteilt wird. Terrorismusvergleiche, Forderungen nach Haftstrafen und Bezeichnungen wie „Klima-Kriminelle“ zeugen nicht nur von mangelnder Kenntnis über zivilen Ungehorsam, sondern weisen auf, dass die letzte Generation einen empfindlichen Nerv beim politischen Establishment trifft, dass offenbar nicht mehr in der Lage ist, Dissens aus der Bevölkerung auszuhalten.

Die Gruppierung ist bisher eindeutig dem zivilen Ungehorsam zuzuordnen und keinesfalls dem militanten Widerstand. Die letzte Generation hat sich die Gewaltfreiheit auf die Fahnen geschrieben. Diese steht an Platz 1 der von der Gruppierung vertretenen Werte.[10] Wer sich an die RAF erinnert oder einmal mit den Suffragetten beschäftigt hat, wird schnell zu der Erkenntnis kommen, dass zwischen einer Straßenblockade, der Versendung von Briefbomben und der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten ein großer Unterschied in der Radikalität der gewählten Mittel liegt, dies werden auch Kritiker der letzten Generation einsehen müssen.

Dementsprechend sind Aussagen wie die vermeintliche Warnung vor einer Klima-RAF wie sie von Alexander Dobrindt am 06.11.2022 in der Bild Zeitung getätigt wurde[11] eindeutig fehl am Platz. Auch Vorwürfe wie der von Sebastian Czaja, Vorsitzender der FDP Berlin, vormals in der CDU – er bezeichnete die Aktivisti am 2. November auf Twitter als Klima-Kriminelle, die den Interessensausgleich hassen, die arbeitende Mitte in Geiselhaft nehmen und demokratische Institutionen verachten würden[12] - ignorieren die Tatsache, dass die letzte Generation bisher nicht die Systemfrage stellt, keine Revolution fordert und sich mit ihren Forderungen an die demokratisch legitimierte Regierung wendet. Sie handelt somit wie in Rawls Definition erläutert, innerhalb des Gerechtigkeitssinns der Gesellschaft und stellt diesen nicht infrage. Diese Ansicht wird sogar vom

Präsidenten des Verfassungsschutzes Thomas Haldenwang bestätigt: „Extremistisch seien Gruppen immer dann, „wenn der Staat, die Gesellschaft, die freiheitlich demokratische Grundordnung infrage [gestellt wird]. (…) Und genau das tun die Leute ja eigentlich nicht.“ [13]

Die Furcht vor der Demokratie

Neben unangemessenen Vergleichen mit terroristischen Vereinigungen gibt es einen breiten politischen Konsens, bezüglich der Forderung nach härteren Strafen für die Aktivisti. Am Donnerstag den 10.11.2022 diskutierte sogar der Bundestag über härtere Strafen für Klimaaktivisti.[14] Selbst Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann schließt in der Bild-Zeitung die Möglichkeit von Haftstrafen nicht aus und fordert den Rechtsrahmen hierfür auch zu nutzen.[15] Auf die Spitze treibt es der hessische Justizministers Roman Poseck (CDU), der es unter Umständen für möglich hält, die Aktivisti wie Terroristen zu bestrafen.[16] Zu derartigen Berichterstattungen ist Rechtsprofessor und ehemaliger Vorsitzender des zweiten Senats des Bundesgerichtshofs Prof. Dr. Thomas Fischer zu zitieren: „(…) es immer wieder deprimierend zu erleben, dass nicht unerhebliche Teile der Presse den Justizministern eine unmittelbare Durchgriffsmacht auf die Strafgerichte und Durchgriffspraxis auf die Staatsanwaltschaften zuschreiben, also eine glatt verfassungswidrige Staatspraxis insinuieren.“ [17]

Bei der Diskussion um das richtige Strafmaß für die Aktionen der letzten Generation, kommt man um eine Feststellung nicht herum: Wer mit Forderungen nach härteren Strafen für die Aktivisti um sich wirft, muss sich nicht nur die Frage gefallen lassen, wie härtere Bestrafung zur Lösung des bestehenden Konflikts – der Klimawandel und das von den Aktivisten angeprangerte Nichthandeln der Regierung sind durch das bloße Wegsperren der Aktivisti nicht aus dem Weg geräumt – beitragen sollen, sondern auch die kritische Frage, was dies über das eigene Grundverständnis von politisch handelnden Bürger*innen aussagt.

Die letzte Generation besteht aus Menschen, die mit ihren Blockaden politischen Protest ausüben, weil sie auf einen Missstand in der Gesellschaft hinweisen wollen. Das Gerechtigkeitsempfinden dieser Menschen ist massiv gestört (siehe den Abschnitt im Klimaangst im Vorwort dieser Ausgabe) und sie wählen bewusst den zivilen Widerstand, um die Gesellschaft auf diese Schieflage aufmerksam zu machen. Wer dabei sofort nach harten Strafen ruft, zeigt ein bedenkliches Verständnis von politischer Staatsbürgerschaft.

Eine Demokratie zeichnet sich vor allem durch politische Teilhabe aller Menschen aus, die gewissen Konditionen (Staatsbürgerschaft, Alter, etc.) erfüllen. Die Art dieser Konditionen und der Teilhabe unterscheidet sich in den verschiedenen demokratischen Systemen. Die größte Gemeinsamkeit dieser Systeme ist mit Sicherheit die Etablierung von regelmäßig stattfindenden Wahlen. Diese Wahlen drücken nicht nur den politischen Willen der Bürger*innen aus, sondern machen den politischen Staatsbürger auch zum Souverän gegenüber der Regierung und geben dieser Legitimität.

Diese Souveränität ist jedoch keineswegs zeitlich auf den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Wahltag beschränkt, sondern drückt sich durch verschiedene Rechte der politischen Teilhabe, wie beispielsweise dem Demonstrationsrecht, zu jedem Zeitpunkt aus. Die der Regierung erteilte Legitimität und damit auch Legitimität für Gesetze und anderes politisches Handeln muss jederzeit wiederrufen werden können, ansonsten existiert die Souveränität des Bürgers nur zum Schein. Étienne Balibar, französischer Philosoph, beschreibt diese wichtige Kondition für politische Staatsbürgerschaft in seinem Text Widerstand Aufstand Gehorsam 2009: *„Darin besteht das Pa-*

radox der politischen Staatsbürgerschaft: Um auf eine Weise, die tatsächliche Macht zum Ausdruck bringt; Ja sagen zu können, muss man gelegentlich und womöglich regelmäßig Nein sagen." [18]

Wer also politischen Protest ausübt - auf welche Art und Weise ist für diese Feststellung irrelevant - übt damit zunächst einmal aktive politische Staatsbürgerschaft aus. Erfolgt dieses aktive Ausüben der politischen Staatsbürgerschaft innerhalb unserer demokratischen Rechtsprinzipien – ziviler Ungehorsam ist ein Teil davon – ist dies als Teil der demokratischen politischen Teilhabe anzusehen. Balibar geht in seiner Argumentation sogar noch weiter: Dieses aktive Ausüben der Staatsbürgerschaft ist für Balibar in einer Demokratie, nicht nur eine Bürgerpflicht, sondern am Ende auch als Legitimierung und Stärkung des politischen Systems anzusehen: *„Wenn einige, die zunächst niemals die Gesamtheit der Bürger sind und am Anfang sogar nur eine winzige Minorität sein dürfen, obwohl sie objektiv im allgemeinen Interesse handeln, es nicht auf sich nehmen, zu opponieren und die Funktion des Dissidenten auszuüben, dann gibt es nur passive Bürger und schließlich überhaupt keine Bürger mehr, sondern nur noch mehr oder weniger teilnehmende, mehr oder weniger leicht „regierbare" Verwaltungsbürger oder Untertanen der Macht."* [19]

Balibar argumentiert hier also, dass diejenigen, die im demokratischen System ihren Widerspruch üben, die Demokratie selbst am Leben erhalten und vor dem Niedergang in ein reines System des Verwaltens unmündiger Bürger*innen bewahren.

Diese Ansicht vertrat auch John Rawls: *„Zusammen mit regelmäßigen freien Wahlen und unabhängigen Gerichten, die die (nicht notwendig geschriebene) Verfassung auszulegen haben, trägt sparsamer und abgewogener ziviler Ungehorsam zur Erhaltung und Stärkung der gerechten Institutionen bei."* [20]

Die Mitglieder der letzten Generation sind also politisch handelnde Staatsbürger*innen und dementsprechend als solche zu behandeln. Für die Fragestellung nach dem richtigen Umgang mit der Gruppierung ist es also irrelevant ob das gewählte Mittel der Protestform dem Klimaschutz nun einen Bärendienst erweist oder nicht. Solange sich die letzte Generation der Öffentlichkeit und Gewaltfreiheit verschrieben hat, handeln die Mitglieder innerhalb der durch Rawls gelegten Grundsätze. Insofern ist auch eine Kriminalisierung, wie von vielen gefordert, zwecklos: *„Um sich als Gemeinschaft von Bürgern zu retten bzw. am Leben zu bleiben, muss sich die Polis in Konfrontation mit ihren eigenen Mitgliedern dem Risiko der Zerstörung oder der Anarchie aussetzen, wovor nichts sie bewahren kann, vor allem nicht die Kriminalisierung der Dissidenz oder der Versuch, in jeder Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen gleich Verrat zu wittern."* [21]

Tatsächlich muss an dieser Stelle die Frage gestellt werden, welches Ziel mit härteren Strafen hier verfolgt wird. Was sagt es über eine Gesellschaft aus die Menschen, die sich bisher störend aber gewaltfrei für eine bessere Zukunft einsetzen lieber hinter Gittern sieht, als die angeprangerte Ungerechtigkeit zu untersuchen und ihre Verhaltensweise zu ändern?

Was wenn sie sich radikalisieren?

Die Kriminalisierung der letzten Generation, in dieser Hinsicht hat Balibar recht, bewahrt unsere Gesellschaft nicht davor, uns mit der letzten Generation und ihren Forderungen auseinanderzusetzen und damit auch den aktuellen Gerechtigkeitssinn innerhalb unserer Gesellschaft auf den Prüfstand zu stellen.

Mehr noch. Wir sollten uns die Frage stellen, welche Auswirkungen eine zunehmende Kriminalisierung der Gruppe auf die Gesellschaft selbst und derartige Gruppierungen haben könnte. Welches

Signal senden wir mit der zunehmenden Kriminalisierung der letzten Generation an die Menschen, die unter Klimaangst leiden und wissenschaftlich begründet befürchten, in Zukunft keine akzeptablen Lebensgrundlagen mehr vorzufinden?

Befürworter der Argumentation, die letzte Generation sei nicht weit entfernt von einer terroristischen Vereinigung, argumentieren oft, dass die Studentenbewegung aus welcher die RAF hervorging zunächst auch gewaltfrei gewesen sei. Tatsächlich liegt der Gedanke, dass sich die letzte Generation radikalisieren könnte, sollte das von den Aktivisti angeprangerte Problem nicht gelöst werden, gar nicht so fern. Jeder und jede kann sich vorstellen, das die verzweifelten Menschen, die sich an Straßen kleben bei weiterer Untätigkeit der Regierung irgendwann radikalere Mittel in Betracht ziehen und dann zu militantem Widerstand übergehen. Jedoch ist der gezogene Umkehrschluss, harte Strafen würden dies verhindern können, falsch.

Es wurde bereits erörtert, dass Rawls den zivilen Ungehorsam vom militanten Widerstand vor allem darin unterscheidet, dass erster das geltende Rechtssystem und die demokratischen Institutionen akzeptiert, während zweiter das Vertrauen in eine korrekte Gerechtigkeitsauffassung der Gesellschaft verloren hat. Noch haben die Aktivisti der letzten Generation also ein gewisses Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung und Politiker*innen, denn ihre Protestformen appellieren direkt an die Bundesregierung. Härtere Strafen wie beispielsweise Haftstrafen und Einträge ins Vorstrafenregister gefährden nicht nur die Lebensentwürfe dieser Menschen, sondern würden die bisher friedlich handelnden Menschen aus der Gemeinschaft ausschließen. Das damit gesendete Signal könnte fatal sein. Um es mit Rawls Worten zu sagen*: „Der zivile Ungehorsam „(…) versucht Gewalt zu vermeiden (…), weil sie ein endgültiger Ausdruck für einen Standpunkt wäre. (…). Wenn der Apell fehlschlägt, kann man sich manchmal überlegen, ob man zu gewaltsamen Widerstand greifen soll.“* [22] Was Rawls hier postuliert ist der Übergang einer Gruppierung von zivilem Ungehorsam zu militantem Widerstand, wenn diese das Gefühl bekommt, die Apelle schlagen fehl. Genau dieses Fehlschlagen droht, wenn unsere einzige Antwort auf die letzte Generation Haftstrafen sind. Die politischen Staatsbürger*innen werden damit kriminalisiert und die politische Bedeutung des zivilen Ungehorsams negiert. Prof. Dr. Katrin Höffler, Rechtsprofessorin an der Universität Leipzig gab am 25. November in der taz zu dieser Fragestellung ein Interview mit folgendem Inhalt: *„Gibt es kein Kommunikationsangebot, wird das zu einer weiteren Exklusion von Klimaaktivist:innen und zu Rebellionsverstärkung führen. Noch lehnt die Letzte Generation den Staat ja gar nicht ab, sondern fordert ihn zum Handeln auf. Wenn der Staat den Aktivist:innen aber das Gefühl gibt, dass er sie weder anhört noch versteht, werden die Aktivist:innen auf Distanz gehen. (…) Härtere Strafen führen zu einer Verstärkung der Exklusion. Die Aktivist:innen spüren eine sogenannte anomische Situation, das heißt, dass ihr Ziel, den Klimawandel aufzuhalten, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu erreichen ist. Trotz aller Demonstrationen und Petitionen ist der Staat bisher untätig geblieben. Wenn die Aktivist:innen nun zu anderen Mitteln greifen, indem sie sich zum Beispiel auf einer Straße festkleben, geschieht das auch aus Verzweiflung heraus.“* [23]

Es ist eindeutig Aufgabe der Regierung das Vertrauen der letzten Generation in unsere Institutionen zu stärken und diese Menschen nicht durch unüberlegte Diffamierung und Kriminalisierung in den Extremismus zu treiben, sondern die Ursache des zivilen Ungehorsams zu beheben. Denn, *„wenn berechtigter ziviler Ungehorsam den Bürgerfrieden zu gefährden scheint, dann trifft die*

Verantwortung nicht die Protestierenden, sondern diejenigen, deren Machtmissbrauch, einen solchen Widerstand rechtfertigt.“ [24]

Gleichzeitig ist es auf Aufgabe der Gesellschaft, diese Menschen in die Mitte der Gesellschaft zu holen, Gesprächsangebote zu machen und auf das gestörte Gerechtigkeitsempfinden dieser Menschen einzugehen. Wer sich berechtigt, eine überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler*innen bestätigt dies, Sorgen um die eigene Zukunft und die unserer Gesellschaft macht und in zivilem Ungehorsam die letzte Möglichkeit sieht noch etwas zu bewegen, gehört nicht an den öffentlichen Pranger.

Quellenverzeichnis:

1. Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.40
2. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.109
3. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.107
4. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.118
5. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.120
6. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.113
7. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.113
8. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.114
9. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.111
10. https://letztegeneration.de/mitmachen/werte-protestkonsens/ (Abgerufen am 13. März 2023)
11. Ricarda Lang: Letzte Generation ist keine „Klima-RAF“, ZEIT Online, 09.11.2022
12. Sebastian Czaja, Twitter, 02.11.2022, https://twitter.com/SebCzaja/status/1587786597126139904
13. Spiegel Online, Verfassungsschutzpräsident stuft “Letzte Generation” nicht als extremistisch ein, 17.11.2022
14. Constanze von Bullion, Süddeutsche Zeitung, Bundestag verurteilt Protest der "Letzten Generation", 10.11.2022
15. Zeit Online, Bundesjustizminister halt Haftstrafen für Klimaaktivisten für möglich, 02.11.2022
16. Hessenschau, Justizminister hält Terroranklagen gegen Klima-Aktivisten für möglich, 07.11.2022
17. Thomas Fischer, LTO, Müssen „Klima-Kleber in den Knast“?, 04.11.2022
18. Étienné Balibar, Wiederstand Aufstand Ungehorsam 2009, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.294
19. Étienné Balibar, Wiederstand Aufstand Ungehorsam 2009, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.294
20. ohn Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.123
21. Étienné Balibar, Wiederstand Aufstand Ungehorsam 2009, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.295
22. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.112
23. Timm Kühn, TAZ, Das Strafrecht ist keine Lösung, Interview mit Katrin Höffler, 25.11.2022
24. John Rawls 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Ziviler Ungehorsam, Texte von Thoreau bis Occupy 2017, S.128

UfU Gesamt

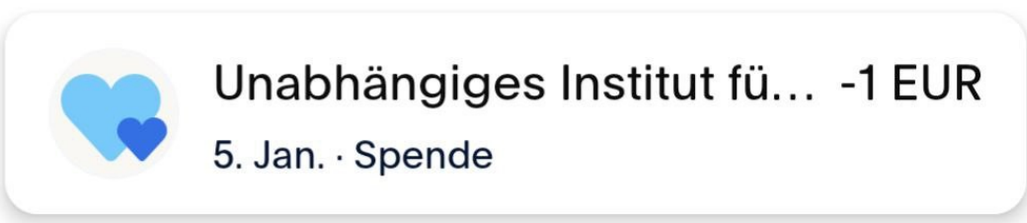
Kleine Spenden, großes Herz

UfU ist jetzt auch bei PayPal als gemeinnützige Organisation gelistet

Das UfU ist jetzt bei PayPal als gemeinnützige Organisation gelistet! Das bedeutet wir können jetzt auch direkt über PayPal-Konten spenden sammeln. Für uns ist das ein wichtiger Schritt. Denn gerade in der heutigen Zeit sind Spenden immer wichtiger für uns.

Das Besondere: Viele Menschen spenden lieber ab und zu kleinere Beträge, als einmalig große Spenden. Diese Möglichkeit gibt es bei PayPal. Wer uns als seine Lieblingsorganisation listet, kann bei jedem Einkauf über PayPal einen Euro an uns spenden. So kommen mit vielen kleinen Spenden von verschiedenen Personen regelmäßig kleinere Beträge für uns zusammen. Ihr findet uns bei PayPal unter den gemeinnützigen Organisationen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Wissenschaft & Forschung. Vergebt ein Herz an uns und PayPal gibt euch die Möglichkeit beim Check-Out eurer Einkäufe einen Euro an uns zu spenden. Dabei entstehen keine Transaktionskosten, der Euro geht zu 100 Prozent an das UfU.

Wir würden uns freuen, wenn ihr uns ein Herz vergebt und ab und zu einen Euro spendet.



Hier findet ihr uns auf PayPal (vorher im Account einloggen) ->

SCAN MICH

Niklas Müller, Jonas Rüffer

Bioenergie ohne Flächenkonflikte

Der Anbau von Maniok auf stillgelegten Bergbauflächen

Die Produktion von Bioethanol auf stillgelegten Bergbauflächen leistet einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz in Vietnam.

Seit Jahren steht die Produktion von Bioethanol in der Kritik. Zum einen ergeben sich durch die Herstellung von Biokraftstoffen Flächenkonflikte, vor allem wenn es um landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion geht. Zum anderen werden biologische Kraftstoffe als ineffizient bezeichnet, da sie weiterhin Technologien wie den Verbrennungsmotor oder die Öl-/Gasheizung füttern. In der aktuellen Debatte um E-Fuels wird dies besonders deutlich.

Diese beiden Kritiken sind berechtigt. Der Verbrennungsmotor hat ein Ablaufdatum, ob mit Biokraftstoffen oder E-Fuels betrieben. Die Ineffizienz dieser Technologien gegenüber elektrifizierten Antrieben und beispielsweise der Wärmepumpe macht deutlich, wo die Zukunft liegt.

Auch das Argument der Flächenkonflikte lässt sich nicht entkräften. Angesichts der Zahl von 768 Millionen unterernährten Menschen auf der Welt (Statistisches Bundesamt) ist klar, dass wir landwirtschaftliche Flächen in Zukunft noch konsequenter zur pflanzlichen Ernährung von Menschen nutzen müssen und nicht zum Anbau von Biomasse oder Kraftfutter für Tierhaltung.

Es gibt jedoch Ausnahmen, bei welchen die Herstellung von Biomasse Sinn machen kann. Und zwar auf Flächen, die nicht im Sinne der herkömmlichen Landwirtschaft genutzt werden oder genutzt werden können. Ein Beispiel ist unser Projekt FABIKLI — Fassadenbegrünung an Berliner Schulen. Gemeinsam mit der TU Berlin pflanzen wir an Berliner Schulfassaden Energiepflanzen an. Die gewonnene Biomasse, kann für Pelletheizungen genutzt werden und liefert so eine CO_2-neutrale Energiequelle. Weiter Vorteile sind die Steigerung der innerstädtischen Biodiversität, bessere Luftqualität, Dämmung des Gebäudes und viele mehr. Bei über ca. 2000 ha fensterlose Gebäudefassade innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings ergibt sich ein großes Skalierungspotential.

Ein weiteres Beispiel für die sinnvolle Produktion von Biomasse und die Verarbeitung dieser Biomasse zur Energiegewinnung ist unsere Projektestudie aus Vietnam. Der Energiebedarf Vietnams nimmt aufgrund des Wirtschaftswachstums und der Industrialisierung stetig zu. Dabei soll der Anteil von Erneuerbaren Energien von 3,7 Prozent in 2020 auf 10 Prozent im Jahr 2030 ansteigen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die vietnamesische Regierung die Beimischung von Bioethanol und die Rekultivierung von stillgelegten Bergbauflächen vorgeschrieben. Das UfU profitiert davon, da wir in unserem CPEP Projekt mit Bergbauunternehmen zusammenarbeiten, die Maniok zur Rekultivierung ihrer stillgelegten Bergbauflächen verwenden, um durch den Verkauf zusätzliche Gewinne zu erzielen. Die Verwendung des daraus resultierenden Bioethanols führt zu einer CO_2-Einsparung von bis zu 50% im Vergleich zu konventionellen Kraftstoffen.

Stillgelegte Bergbauflächen sind aufgrund vergangener Aktivitäten häufig durch Schwermetalle und andere Giftstoffe belastet und somit für die Produktion von Lebensmitteln ungeeignet. Daher steht der Anbau von Maniok nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion und ist eine geeignete Rekultivierungsmaßnahme. Auf den Testflächen des UfU in Vietnam liegen die Maniok Erträge mit 25 Tonnen pro Hektar im guten Mittelfeld. Die nationalen Durchschnittserträge liegen zwischen 13 und 35 Tonnen. Allerdings konnten nur

2 Tonnen Ethanol pro Hektar produziert werden, 1,5 Tonnen weniger als im Durchschnitt. Dies deutet auf einen niedrigen Zuckergehalt hin, der auf die geringere Bodenqualität zurückzuführen ist.

Durch die Nutzung von Bioethanol aus Maniok, das auf stillgelegten Bergbauflächen angebaut wird, können im Vergleich zu konventionellen Kraftstoffen bis zu 50 Prozent CO_2-Emissionen eingespart werden. Diese Einsparung ist auch im Vergleich zu konventionell erzeugtem Bioethanol deutlich höher. Zum Beispiel werden für die konventionelle Biokraftstofferzeugung häufig große Flächen an Regenwald gerodet, wodurch es zu immensen CO_2-Emissionen kommt. Bei der Nutzung stillgelegter Bergbauflächen werden die negativen Auswirkungen von Landnutzungsänderungen jedoch vermieden.

Der Anbau von Maniok auf stillgelegten Bergbauflächen zur Produktion von Bioethanol kann für Vietnam ein nachhaltiger Weg sein den steigenden Energiebedarf zu decken und gleichzeitig CO_2-Emissionen einzusparen. Aus diesem Grund soll im Rahmen des Folgeprojekts der Anbau und die ökonomische Verwertung von Maniok weiter analysiert werden, um die Produktion von Bioethanol erfolgreich skalieren zu können.

Mehr zu den Chancen und Herausforderungen der Produktion von Bioethanol in Vietnam finden Sie in unserem neuen UfU-Paper auf unserer Webseite:
ufu.de/bioenergie_ohne_flaechenkonflikte

Projektleiter und stellvertretender Fachgebietsleiter Fabian Stolpe bei der Besichtigung der Testflächen in Vietnam.

Niklas Müller, Jonas Rüffer

Krieg und Ernährungssicherheit

Wieso der Krieg in der Ukraine die Menschen weltweit hungern lässt

Wir haben bereits in den UfU Informationen Ausgabe #5 über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die weltweite Ernährungssicherung berichtet. Da der Krieg jedoch weiterhin andauert, haben wir uns entschieden, das Thema noch einmal genauer zu beleuchten.

Wieso führen Kriege zu Hunger?

Es gibt zahlreiche Gründe, wie Kriege zu Hunger und Hungersnöten führen. Der offensichtlichste ist, dass die Produktion im eigenen Land beeinträchtigt wird, da in der Landwirtschaft, Logistik und dem Vertrieb tätige Personen als Soldat*innen eingezogen und landwirtschaftliche Betriebe durch Angriffe beschädigt werden. Zusätzlich werden internationale Lieferketten und der Import von Lebensmitteln stark beeinträchtigt, wenn Infrastrukturelemente wie Straßen oder Häfen zerstört werden oder Frachtflugzeuge das Land nicht mehr anfliegen können. Weitere Gründe können Fehlplanung, Inflation oder finanzielle Engpässe der Bevölkerung sein.

Doch wie unterscheiden sich die Kriege und damit verbunden die Auswirkungen auf Nahrungsmittelsicherheit von heute zu denen im ersten und zweiten Weltkrieg? Wieso lässt der Krieg in der Ukraine die Menschen heute weltweit hungern?

Erster Weltkrieg: Fehlplanung

Der erste Weltkrieg war in Bezug auf Lebensmittelsicherheit gezeichnet von Fehlplanung und Fehleinschätzung. Deutschland schickte so viele Männer an die Front, dass es in der Heimat an Menschen fehlte, die die körperlich schwere landwirtschaftliche Arbeit verrichteten. Den verbliebenden Arbeiter*innen fehlten auch Pferde und andere Lasttiere, die zu der Zeit in der Landwirtschaft benötigt wurden. Die Tiere wurden für den Transport von militärischem Gerät für die Armee eingezogen oder zur Versorgung der Soldaten geschlachtet.[1] Damit fehlten der heimischen Landwirtschaft essentielle Güter, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Die Kartoffelproduktion sank in Deutschland von 52 Millionen Tonnen im Jahr 1913 auf 29 Millionen Tonnen im Jahr 1918.[2]

Dieser Produktionsrückgang wurde durch die britische Seeblockade in der Nordsee verschärft und führte dazu, dass Lebensmittel in Deutschland knapp wurden. In den Kriegsjahren bestand eine Tagesration für die Zivilbevölkerung aus fünf Scheiben Brot, fünf Gramm Butter, 20 Gramm Zucker und etwas Fleisch.[3] Im Vergleich zu den Vorkriegsjahren stiegen durch die Unterversorgung die Raten an Tuberkuloseerkrankungen, Grippe und anderen Immunkrankheiten, die Kindersterblichkeit stieg um 50 Prozent und doppelt so viele Mütter starben bei der Geburt des Kindes.[4] Insgesamt verhungerten während des ersten Weltkrieges in Deutschland über 750.000 Menschen.[5]

Sucht man nach den Gründen für diese Hungersnot kann vor allem fehlende Planung genannt werden. Die Überschwänglichkeit, mit der Deutschland in den Krieg zog, führte zu einer massiven Fehleinschätzung bezüglich der benötig-

Das Immunsystem und die Konzentrationsfähigkeit von Menschen, die unter Unterernährung leiden, werden stark geschwächt. Dadurch werden sie häufiger krank und ihre Leistungsfähigkeit nimmt ab. Das betrifft vor allem Kinder, deren körperliche Entwicklung und schulischen Leistungen beeinträchtigt werden. Als Folge dessen sind sie oft zu dünn (wasted) oder zu klein (stunted) für ihr Alter und brechen häufiger die Schule ab.

ten Güter für die Aufrechterhaltung der Lebensmittelproduktion im eigenen Land. Weit verbreitet war die Annahme, dass der Krieg rasch gewonnen und Soldaten zum Einholen der Ernte bereits wieder zu Hause wären. Deutschland war in keiner Weise darauf vorbereitet, dass sich aus den Kriegserklärungen an Russland, Frankreich und Großbritannien im August 1914 ein vierjähriger Krieg entwickeln würde, der am Ende ca. 17 Millionen Menschen das Leben kostete.

Zweiter Weltkrieg – Zerstörung

Ausgelöst durch die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg, war Deutschland im zweiten Weltkrieg im Jahr 1939 besser vorbereitet. Das Ziel war von Lebensmittelimporten unabhängig zu sein und die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln aus dem eigenen Land sicherzustellen. Studien belegen, dass die Lebensmittelversorgung bereits 1937 geplant wurde. Die Vorratsspeicher waren gut gefüllt und bei Getreide, Kartoffeln, Zucker und Fleisch war eine Selbstversorgung von 100 Prozent erreicht worden.[6]

Mit Kriegsbeginn wurde eine Zwangsrationierung in Deutschland eingeführt. Grundnahrungsmittel wie Fett, Fleisch, Butter, Milch, Käse, Zucker, Brot, Eier und Marmelade konnten ab September 1939 nicht mehr normal erworben werden. Stattdessen wurden Lebensmittelmarken eingeführt, um die Abgabe wichtiger Grundnahrungsmittel an die Bevölkerung zu rationieren.[7] So war die deutsche Bevölkerung bis Kriegsende relativ gut versorgt, vor allem durch starke Ausbeutung der eroberten Gebiete im Osten, auf Kosten der dort lebenden Bevölkerung.

Mit Kriegsende änderte sich diese Situation jedoch für die meisten Menschen in Deutschland und auch dem Rest von Europa. Die Länder lagen in Trümmern und waren in einem solchem Ausmaß zerstört worden, dass die Nahrungsmittelproduktion in Deutschland 1946 um 37 Prozent zurückging und im Jahr 1947 um 25 Prozent gegenüber den Jahren 1938/39.[8] Die zerbombten Städte und Dörfer machten funktionierende Produktionsketten unmöglich, geschweige denn das Aufbauen von guten Handelsstrukturen mit anderen Ländern. Deutschland musste eine immense Zahl an Vertriebenen aus den nunmehr abgetretenen Gebieten versorgen, was zu weiterer Lebensmittelknappheit führte. Um die wenigen Lebensmittel zu rationieren, wurden in den verschiedenen Besatzungszonen neue Lebensmittelmarken mit verschiedenen Stufen ausgegeben, je nach Alter, Beschäftigung und Parteizugehörigkeit.

Das Aufrechterhalten der landwirtschaftlichen Produktion wurde in den darauffolgenden Jahren durch klimatische Bedingungen erschwert. Der Sommer 1946 war ungewöhnlich heiß, die Ernte fiel spärlich aus. 1946/47 kam dann der kälteste Winter des Jahrhunderts dazu und in ganz Europa brach eine schwere Hungersnot aus. Flüsse wie Elbe und Rhein waren vereist, die Binnenschifffahrt brach zusammen und andere Verkehrswege waren noch vom Krieg zerstört. Die Temperaturen sanken auf minus 25 Grad und es gab 40 Tage Dauerfrost.[9] Die tägliche Ration an Nahrungsmitteln unterschritt 1000 Kalorien pro Tag. Medizinisch empfohlen werden je nach Alter und Geschlecht zwischen 2100 und 3000 Kalorien pro Tag. Bis 1948 starben in Deutschland mehrere hunderttausend Menschen, in der Sowjetunion

Durch die Zerstörung von Siedlungen, Gebäuden und anderen Einrichtungen werden giftige Chemikalien in die Umwelt freigesetzt. Diese Substanzen haben das Potenzial, Boden, Wasser und Luft dauerhaft zu verschmutzen und können auch nach Kriegsende durch Bewässerung und den Boden in die Lebensmittel gelangen. Kontaminierte Lebensmittel können bei Verzehr wiederum zu schweren Erkrankungen führen.

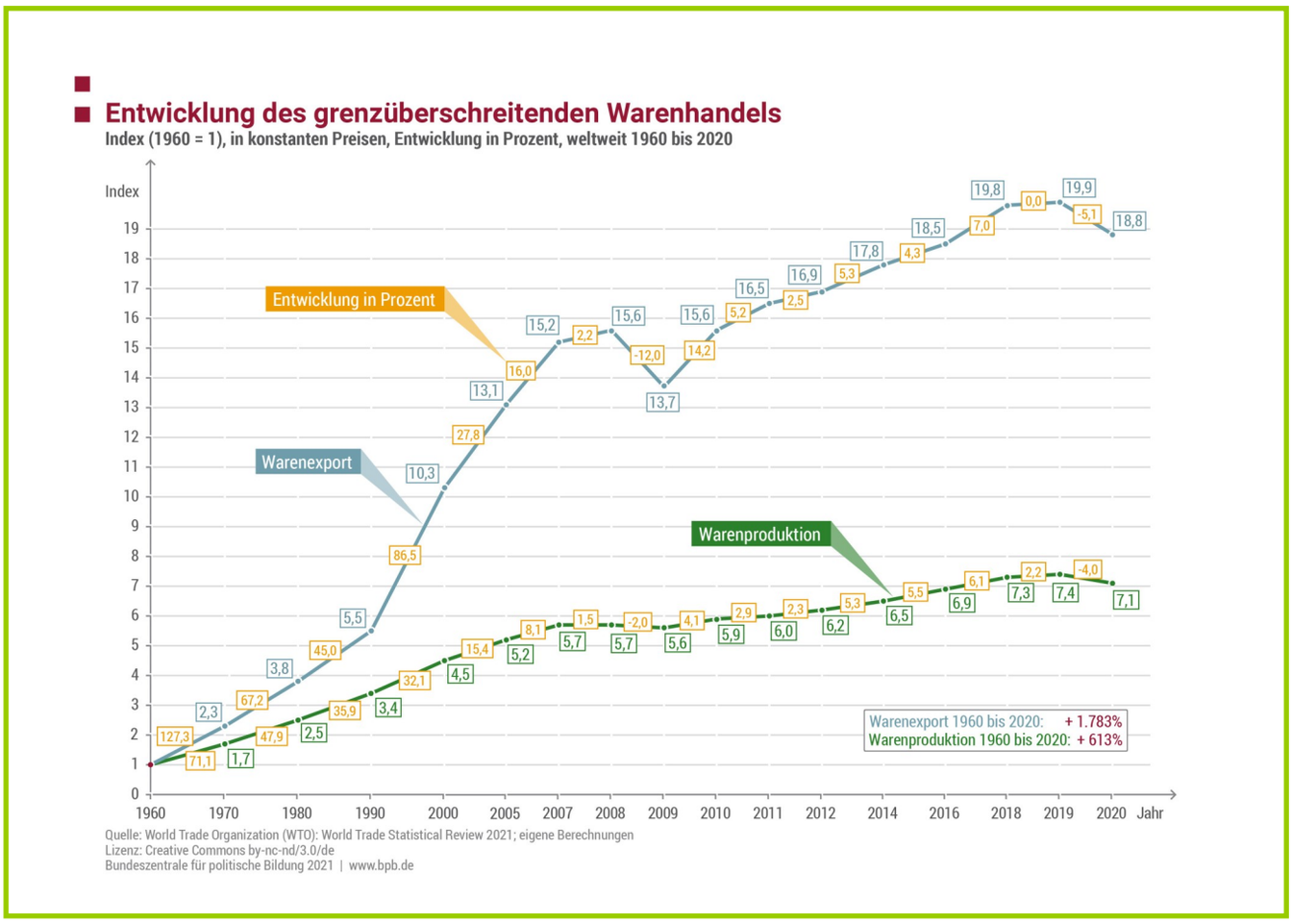
rund zwei Millionen Menschen.[10]

Globalisierung und Krieg

In der globalen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts beeinträchtigen Kriege nicht nur die Ernährungssicherheit derer, die unter der direkten Zerstörung leiden. Durch höhere Lebensmittelpreise und Lieferengpässe treffen die Auswirkungen von Kriegen heute auch einkommensschwächere Personen in anderen Teilen der Welt.

Vor der Globalisierung produzierten die meisten Länder überwiegend Lebensmittel und Waren für den eigenen Bedarf, wie am Beispiel der Selbstversorgung Deutschlands im zweiten Weltkrieg deutlich wurde. Doch im Laufe des 20. Jahrhunderts nahmen die Warenexporte rasanter zu als die Warenproduktion (Siehe Abbildung: Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels). Weltweit begannen Betriebe sich auf die Produktion bestimmter Lebensmittel und Waren zu spezialisieren, weil dadurch höhere Gewinne zu erzielen waren. Fehlende Produkte wurden aus anderen Ländern importiert, da sie dort kostengünstiger produziert werden konnten. Dadurch stiegen die Warenexporte bei vergleichsweise geringer Zunahme der Warenproduktion. Das Streben nach höheren Gewinnen führte allerdings weltweit zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten und starken Verflechtungen. In vielen Ländern kann die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ohne Importe heute nicht mehr gewährleistet werden.

Wenn Kriege geführt werden, sind Versorgungsabhängigkeiten vor allem für Länder gefährlich, die viele Lebensmittel importieren. Durch Krieg ausgelöste Lieferengpässe erschweren den Import von Lebensmitteln und die dadurch ausgelösten Preissteigerungen machen Lebensmittel für einkommensschwache Haushalte weniger erschwinglich. Dieser Zusammenhang soll am aktuellen Beispiel des Krieges in der Ukraine verdeut-



licht werden.

Krieg Ukraine & Russland

In 2021 gehörten Russland und die Ukraine weltweit zu den größten Exporteuren von Weizen, Gerste, Mais und Sonnenblumenöl (Siehe Abbildung: Anteil an der weltweiten Exportmenge 2021). Russland war mit 33 Millionen Tonnen der weltweit größte und die Ukraine mit 20 Millionen Tonnen der fünftgrößte Weizenexporteur der Welt. Bei dem Gerstenexport lag die Ukraine weltweit an zweiter und Russland an dritter Stelle. Für Mais und Sonnenblumenöl verhält es sich ähnlich.[11] Das liegt vor allem daran, dass die Landwirtschaft beider Länder von großen Flächen, fruchtbaren Böden und dem dazu passenden Klima profitiert.

Die Auswirkungen des Krieges führen aktuell zu einem Rückgang von Exporten bei Getreide und Pflanzenölen. Ernten können nur eingeschränkt eingebracht, verschickt oder weiterverarbeitet werden, wenn in der Landwirtschaft, Logistik und dem Vertrieb tätige Personen als Soldat*innen eingezogen oder landwirtschaftliche Betriebe und Maschinen durch den Krieg zerstört werden. Folglich können Felder nicht bestellt und volle Kornspeicher nicht geleert werden, wodurch die Bestände womöglich sogar verkommen. Außerdem fehlt es an Kraftstoffen, Saatgut und Dünger. Russland und Belarus, die zu den weltweit größten Exporteuren von Düngemitteln gehören, haben ihre Exporte in 2022 stark reduziert.[12]

Neben Zerstörung verhindern oft auch strategische Blockaden das Handeln mit Lebensmitteln und anderen Gütern. Im ersten Weltkrieg sorgte die britische Seeblockade in der Nordsee dafür, dass entscheidende Güter Deutschland nicht erreichten. Eine solche Seeblockade der russischen Streitkräfte im Schwarzen Meer sorgte seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine dafür, dass Frachtschiffe ukrainische Häfen nicht verließen. Vor Kriegsbeginn wurden über 12 Prozent der globalen Weizenexporte und 16 Prozent der Maisexporte über den Hafen von Odessa abgewickelt. Mit der Blockade wurde das Getreide auf LKWs verladen und von Rumänien aus verschifft, was die Transportkosten für diese wichtigen Grundnahrungsmittel erhöhte. Die Blockade ist inzwischen aufgehoben, jedoch ist die Frachtschifffahrt durch Seeminen weiterhin stark gefährdet.[13]

Das sinkende Angebot an Getreide und Pflanzenölen auf den Weltmärkten trifft auf eine seit Jah-

ren steigende Nachfrage, die zu einer Steigerung der Lebensmittelpreise beiträgt.[14] Die Situation ist besonders in den Ländern besorgniserregend, die einen hohen pro-Kopf Verbrauch von Getreide und Pflanzenöle aufweisen und diese Agrarprodukte hauptsächlich über den Seeweg aus Russland und der Ukraine beziehen. Ein Beispiel ist Ägypten. In Ägypten werden pro Kopf etwa 200 kg Weizen pro Jahr konsumiert, was ungefähr ein Drittel der Kalorienzufuhr eines Ägypters ausmacht. Im Vergleich sind es in Deutschland etwa 80 kg. Da Ägypten weltweit der größte Importeur von Weizen ist, ist die Bevölkerung des Landes besonders stark von den Lieferengpässen und Preissteigerungen betroffen.[15]

Erste Schätzungen gehen davon aus, dass durch den Krieg in der Ukraine weltweit weitere 8 bis 11 Millionen Menschen zusätzlich unter Unterernährung leiden werden vor allem in Afrika, Südostasien und im Nahen Osten.[16] Als Folge dessen herrscht derzeit die größte Hungersnot seit dem zweiten Weltkrieg, von der weltweit mehr als 50 Millionen Menschen betroffen sind. Zwar gibt es auf den Weltmärkten alternative Produzenten von Getreide und Pflanzenölen, aber der Anstieg der Ölpreise erhöht die Transportkosten aus Ländern wie Australien, Argentinien, Kanada und den USA. Höhere Transportkosten resultieren wiederum in höheren Lebensmittelpreisen, wodurch diese Produzenten häufig keine kostengünstigere Alternative darstellen.

Seit jeher wirken sich Kriege auf die Ernährungssicherung der Bevölkerung aus. Doch im Zuge der Globalisierung nehmen wirtschaftliche Abhängigkeiten und Warenexporte zwischen den Ländern immer weiter zu. Deswegen bedroht der Krieg in der Ukraine die Lebensmittelversorgung von Haushalten weltweit. Es ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Ukraine, zum Frieden zurückzukehren.

Quellenverzeichnis:

1. Wolfgang Görl, Süddeutsche Zeitung, Im Angebot: Dachs und Eichhörnchen, 11.08.2014
2. Burkhard Asmuss, Deutsches Historisches Museum, Erster Weltkrieg - Die Lebensmittelversorgung, 14.09.2014
3. Knut Weinrich, Planet Wissen, Die Heimatfront, 09.05.2018
4. Arnulf Scriba, Deutsches Historisches Museum, Der „Kohlrübenwinter“ 1916/17, 08.09.2014
5. Burkhard Asmuss, Deutsches Historisches Museum, Erster Weltkrieg - Die Lebensmittelversorgung, 14.09.2014
6. Arnulf Scriba, Deutsches Historisches Museum, Der zweite Weltkrieg – Alltagsleben, 13.05.2015
7. Arnulf Scriba, Deutsches Historisches Museum, Der zweite Weltkrieg – Alltagsleben, 13.05.2015
8. Karl-Heinz Rothenberger, regionalgeschichte.net, Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz, 1997
9. Michael Kuhlmann, Deutschlandfunk, Nachkriegsdeutschland im täglichen Überlebenskampf, 16.11.2021
10. NDR, Der “weiße Tod” im Hungerwinter 1946/47, 02.05.2022
11. Food and Agriculture Organization of the United Nations, The importance of Ukraine and the Russian Federation for global agricultural markets and the risks associated with the current conflict, 2022
12. Tobias Heidland, Bundeszentrale für politische Bildung, Der Ukrainekrieg und die globale Ernährungssicherheit, 21.06.2022
13. Kevin Schulte, ntv, Wie Russland das Schwarze Meer blockiert, 15.07.2022
14. Tobias Heidland, Bundeszentrale für politische Bildung, Der Ukrainekrieg und die globale Ernährungssicherheit, 21.06.2022
15. Tobias Heidland, Bundeszentrale für politische Bildung, Der Ukrainekrieg und die globale Ernährungssicherheit, 21.06.2022
16. FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO. 2022. The State of Food Security and Nutrition in the World 2022. Repurposing food and agricultural policies to make healthy diets more affordable.

Mitglieder

Bleiben Sie mit uns in Kontakt

Unterstützen Sie uns!

Gemeinnützige Organisationen leben von ihren Mitgliedern. Das UfU stößt umweltgerechte Entwicklungen und Prozesse an. Es initiiert und betreut angewandte wissenschaftliche Projekte, Aktionen und Netzwerke und setzt sich für mehr Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft ein. Dabei benötigen wir Ihre Hilfe.

Heute unterstützen ca. 200 Mitglieder und Spender*innen die Tätigkeit unseres Instituts mit ihren Beiträgen, Spenden und Aktivitäten. Gehören Sie auch dazu!

Mitglied im UfU werden!

Das UfU freut sich sehr über neue Mitglieder. Sie erhalten nicht nur all unsere Publikationen kostenlos und werden zur Mitgliederversammlung eingeladen, sondern können auch Ihren zivilen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Schauen Sie sich doch gerne mal auf unserer neuen Mitgliederseite (www.ufu.de/ufu-mitglieder/) um.

Einfach Spenden – per Überweisung

Wir freuen uns über jede Spende zur Unterstützung unserer Arbeit. Ihre Spende können Sie direkt auf unser Spendenkonto bei der Saalesparkasse Halle überweisen:

Saalesparkasse Halle
IBAN: DE67 8005 3762 0387 0111 81
BIC: NOLADE21HAL

Bitte beachten Sie: Spenden bis zu 200,00 Euro sind bei Vorlage des Kontoauszuges beim Finanzamt absetzbar; wir stellen Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung aus. Bitte schicken Sie uns dafür Ihre Kontaktdaten an info@ufu.de.

Für Spenden via PayPal einfach den QR-Code scannen:

UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen

SCAN ME

Anmerkungen der Redaktion

Wenn wir uns in unseren Artikeln auf Frauen, Männer und Menschen anderen Geschlechts beziehen, verwenden wir in der Regel das sogenannte „Gendersternchen".

In einigen Passagen haben wir darauf aus Gründen der Leserlichkeit verzichtet. Nichtsdestotrotz möchten wir mit unseren Artikeln alle interessierten Menschen ansprechen, unabhängig von Geschlecht oder sonstigen Merkmalen.

Die Druckversion dieser Zeitschrift wurde CO_2-neutral gedruckt!

IMPRESSUM
UfU Informationen
Ausgabe 8, März 2023

Herausgeber: Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)

Redaktion: Jonas Rüffer, Niklas Müller

Kontakt zur Redaktion über das Berliner Büro: Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel: 030 4284 993 36

Mail: jonas.rueffer@ufu.de